

Die Zeit drängt

Die EU braucht tiefgreifende Reformen. Schon seit Jahren ist offensichtlich, dass die EU bei wichtigen Fragen nicht handlungsfähig ist und ihre Werte im Inneren nicht durchsetzen kann. Besonders deutlich ist dies im Rechtsstaatlichkeitskonflikt mit Polen und Ungarn.

Der russische Angriff auf die Ukraine hat die Lage noch einmal verschärft. An den Grenzen der EU herrscht wieder Krieg. Der Aggressor tritt die europäischen und internationalen Werte mit Füßen und stellt ihnen einen imperialen und völkischen Nationalismus gegenüber. Putins Ziel ist nicht, die Menschen in der Ukraine zu befreien. Im Gegenteil: Er möchte die freien ukrainischen Bürgerinnen und Bürger, die für die europäischen Werte und ihre demokratische Zukunft kämpfen, zu seinen Untertanen zu machen. Wer echte Freiheit will, gilt in Russland und in den von ihm kontrollierten Gebieten längst als Staatsfeind. Auch mit Blick auf Sanktionen und europäische Antworten auf Putins Krieg gelingt es der EU derzeit nicht, mit einer Stimme zu sprechen. Die Notwendigkeit von zügigen EU-Reformen, um Handlungsfähigkeit wiederherzustellen, wird jeden Tag aufs Neue offenbar.

Bereits zu Beginn des Jahres mobilisierte die Europa-Union gemeinsam mit der JEF und anderen zivilgesellschaftlichen Partnern im Rahmen der #NoVeto-Kampagne für die Abschaffung der Einstimmigkeit im Rat der EU. Diese Forderung wurde zusammen mit zahlreichen weiteren föderalistischen Vorschlägen in den Abschlussbericht der Konferenz zur Zukunft Europas aufgenommen. Doch das reicht nicht! Im Einklang mit der JEF und unseren europäischen Dachverbänden fordern wir die umgehende Einberufung eines Europäischen Konvents. Im Rahmen der #NoVeto-Kampagne wurde dazu eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht und in Kooperation mit der Spinelli-Gruppe im Europäischen Parlament eine Petition mit dieser Forderung an die EU-Staats- und Regierungschefs gestartet.

Die Zeit drängt: Die Vorschläge der EU-Zukunftskonferenz müssen schnellstmög-

lich umgesetzt werden. Das Präsidium der Europa-Union fordert daher, diejenigen Vorschläge, die sich im Rahmen der bestehenden Verträge sofort umsetzen lassen, umgehend aufzugreifen. Die EU-Kommission sollte sie bei der Vorlage ihres nächsten Arbeitsprogramms direkt berücksichtigen. Für die Vorschläge, die Vertragsänderungen erfordern, muss unverzüglich ein Konvent einberufen werden. Ganz oben auf unserer Prioritätenliste steht: in relevanten Politikfeldern Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit zu treffen, ein einheitliches europäisches Wahlrecht inklusive transnationaler Listen und das volle Initiativrecht des Europäischen Parlaments.

Unser Verband begrüßt, dass das Europäische Parlament den Mechanismus zur Einberufung des Konvents ausgelöst hat. Jetzt ist allerdings der Rat am Zug und der ist bislang nicht aktiv geworden. Das EUD-Präsidium appelliert daher an die Bundesregierung, den Konvent mit auf den Weg zu bringen und gemäß ihrem Koalitionsvertrag im Reformprozess eine führende Rolle einzunehmen.

Auf der Tagung des Europäischen Rats im Juni wurde zwar kein EU-Konvent befürwortet, dafür aber der Kandidatenstatus an die Ukraine und die Republik Moldau verliehen. Das ist ein guter und wichtiger Schritt. Doch auch hier gilt: Die künftige Erweiterung der EU – auch um die Länder des westlichen Balkans – kann nur gelingen, wenn sie ihre Entscheidungs- und Funktionsmechanismen reformiert. Für die Europa-Union bleibt die Einberufung eines EU-Konvents daher ein Kernanliegen für die zweite Jahreshälfte. Es heißt also „dranbleiben“ und die Regierung an ihren Koalitionsvertrag erinnern.

Vorstoß der UEF

Auf seiner Juli-Tagung warnte das Federal Committee der Union Europäischer Föderalisten (UEF), dass die Unfähigkeit der EU, auf den russischen Angriffskrieg angemessen zu reagieren, zur völligen Bedeutungslosigkeit Europas auf der Weltbühne, zum Ende des eigentlichen Integrationsprozesses und damit zum Verschwinden der Werte,



Am 1. Juli übernimmt Tschechien die Ratspräsidentschaft in der EU. „Europa als Aufgabe“ lautet das Motto des tschechischen Ratsvorsitzes in Anlehnung an eine Rede von Václav Havel. Darin forderte er 1996 die Europäerinnen und Europäer auf, ihr Gewissen neu zu entdecken und Verantwortung für globale ökologische, soziale und wirtschaftliche Herausforderungen zu übernehmen.

Grafik: EU2022.CZ

auf denen er beruht, führen könne. Unser europäischer Dachverband fordert, dass die Reform der EU mit ihrer Erweiterung Hand in Hand gehen müsse. Denn nur eine föderale Europäische Union sei in der Lage, sich international durchzusetzen und Handlungsfähigkeit zurückzuerlangen. Um zu verhindern, dass einzelne Mitgliedstaaten Reformen blockieren, greift die UEF auf das Konzept des Europas der konzentrischen Kreise zurück. Das Modell sieht einen föderalen Kern vor, der allen Staaten offensteht, die ihm beitreten wollen. Daneben gibt es einen Kreis, der durch den Binnenmarkt gebildet wird. Der dritte Kreis würde auch die Staaten an den Grenzen der Europäischen Union umfassen, die mithilfe politischer Koordinierung eine „politische Gemeinschaft“ bilden wollen. Auf diese Weise könnten integrationswillige Staaten vorangehen. Dies ließe sich entweder durch Ausstiegsklauseln für Mitgliedstaaten, die sich nicht beteiligen wollen, erreichen oder durch eine Vereinbarung zwischen den Staaten, die eine weitergehende Integration wünschen. Letztere könne im äußersten Fall auch außerhalb der EU-Verträge geschlossen werden. ◆

Aktion mit großer Reichweite EUD und JEF beim Katholikentag

Mit Diskussions- und Informationsangeboten waren Europa-Union und JEF Deutschland beim 102. Deutschen Katholikentag in Stuttgart dabei. An unserem Stand im Kongresszentrum Liederhalle sowie bei Aktionen im näheren Umfeld konnte das Publikum vom 26. bis 28. Mai sein EU-Wissen testen und mit uns über europäische Themen ins Gespräch kommen. Höhepunkt war der Europatag, bei dem Interessierte bei der „Europawerkstatt“ mit EU- und Bundestagsabgeordneten sowie Fachleuten aus katholischen Organisationen diskutierten. In drei World-Café Runden mit je drei Thementischen ging es unter anderem um Klimawandel, Globale Gesundheit, Europäische Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und Geschlechtergerechtigkeit in der EU. Unter den Mitwirkenden waren die Europaabgeordnete Gaby Bischoff, Michael

Bloss, Andreas Glück und Rainer Wieland, Generalsekretär Christian Moos, unsere Präsidiumsmitglieder Linda Bottin, Evelyne Gebhardt und Florian Ziegenbalg sowie die JEF-Bundesvorsitzende Clara Föller und die JEF-Bundessekretärin Emmeline Charenton. Bemerkenswert ist die große Reichweite, die unsere Verbände mit den Aktionen in Stuttgart erzielen konnten. Die Besucherinnen und Besucher des Katholikentags zeigten sich äußerst interessiert an europapolitischen Themen und nahmen aktiv an den Diskussionen und Informationsangeboten teil. Auf diese Weise konnten wir Europa-Union und JEF einem gesellschaftlich engagierten und politisch sensibilisierten Publikum vorstellen, mit dem wir selten in Kontakt kommen. Die Begegnungen waren durchweg positiv. Einzelne kirchlich Engagierte fragten sogar nach Kooperationsmöglichkeiten für ihre lokale Gruppen.

Durch unsere erneute Mitwirkung konnten wir die gute Zusammenarbeit mit dem Deutschen Katholikentag festigen und ausbauen. Besonders erfreulich war, dass Sandra Schumacher, die unsere Aktivitäten koordinierte, eingeladen wurde, bei einem internen Arbeitskreis mitzuarbeiten, der im Vorfeld über die bundesweiten Veranstaltungseinreichungen für den politisch-gesellschaftlichen Themenbereich „Deutschland und Europa“ des Katholikentagprogramms entschied.

Nach zwei Jahren Pandemie war der Katholikentag zudem das erste große Präsenzevent, bei dem das Team der Bundesgeschäftsstelle wieder in voller Stärke im Einsatz war. Wir bedanken uns an dieser Stelle ganz herzlich bei den vielen Ehrenamtlichen von der Europa-Union Baden-Württemberg und der JEF Baden-Württemberg, die uns in Stuttgart tatkräftig unterstützten und die lokale Anbindung ermöglichten. ■



Glücksrad, Europaspiele und gute Gespräche am EUD/JEF-Infostand



Lebhafte Diskussionen bei unserer „Europawerkstatt“

Fotos: EUD

Neuer Standort

Eine Ära geht zu Ende: 16 Jahre war der Paulinenhof in der Sophienstraße 28/29 in Berlin-Mitte das gemeinsame Domizil der Europa-Verbände. Jetzt heißt es für Europa-Union, JEF und Europäische Bewegung Deutschland Abschied nehmen.

Die Bürogemeinschaft von EUD, JEF und ihren Berliner Landesverbänden

bleibt auch am neuen Standort bestehen. Unsere Adresse ab 1. August 2022: Chausseestraße 84, 10115 Berlin. ■

Neukonstituierung der Parlamentariergruppe

Die Europa-Union hat wieder eine interfraktionelle Parlamentariergruppe im Bundestag! Sie zählt derzeit 175 Abgeordnete, die Mitglieder unseres Verbandes sind. Den Vorsitz hat Yannick Bury (CDU/CSU-Fraktion) inne, stellvertretende Vorsitzende sind Thomas Hacker (FDP), Josip Juratovic (SPD) und Chantal Kopf (Bündnis 90/Die Grünen).

Die neue Realität eines Krieges in Europa gab der Neukonstituierung am 11. Mai ein besonderes Gewicht. Die anwesenden Abgeordneten waren sich einig, dass das politische und gesellschaftliche Engagement für Europa vor dem Hintergrund der neuen weltpolitischen Lage noch entscheidender sei. Yannick Bury sieht in der aktuellen Situation auch eine „Chance für Europa“, die es zu ergreifen gelte. Dafür müsse über Parteigrenzen hinweg intensiv an europapolitischen Positionen gearbeitet werden.

„Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist ein Game Changer, nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa.

Umso wichtiger ist es, dass es unter den grundgesetztreuen Parteien über Fraktionsgrenzen hinweg eine klare Orientierung für ein handlungsfähiges Europa gibt“, betonte EUD-Generalsekretär Christian Moos. „Die interfraktionelle Parlamentariergruppe unserer überparteilichen Vereinigung ist ein lebendiger Beweis für den Europakompas aller verantwortungsbewussten politischen Kräfte in unserem Land. Das hat sie in den vergangenen Legislaturperioden eindrücklich bewiesen.“ Moos dankte den Mitgliedern des letzten Vorstands, insbesondere dem ehemaligen Vorsitzenden Manuel Sarrazin (Bündnis 90/Die Grünen), der der Gruppe seit 2010 vorstand.



Foto: EUD

Die JEF-Bundesvorsitzende Clara Föller richtete die Erwartung an die Abgeordneten, dass sie sich für die Einberufung eines europäischen Konvents einsetzen. Der von der Zukunftskonferenz in Gang gesetzte Prozess müsse weitergehen. Ihr sei es, insbesondere im Europäischen Jahr der Jugend, wichtig, dass junge Menschen nicht nur eingeladen, sondern eingebunden würden. ■

Saar

Neuer Vorstand

„Es gilt nicht nur, die Menschen von Europa zu überzeugen. Wir müssen sie auch ermutigen, die Europäische Union und damit ihre Zukunft weiterzuentwickeln“, so Timo Stockhorst, neuer Landesvorsitzender der Europa-Union Saar.

Stockhorst wurde am 09. April von der Mitgliederversammlung an die Spitze des Landesvorstands gewählt. Er löst damit Margriet Zieder-Ripplinger ab, die den Verein vier Jahre erfolgreich geführt und nach dem Tod von Arno Krause wieder zu einem europapolitischen Schwergewicht im Saarland gemacht hatte. „Ich freue mich, den Verein in die Hände der jungen Generation übergeben zu dürfen und auf die zukünftige Zusammenarbeit“, so Zieder-Ripplinger.

Stellvertretende Landesvorsitzende sind Marlene Wagner, Mitglied bei der GEW im

Saarland, der JuLi-Vorsitzende Julien François Simons und die Generalsekretärin der Union Europäischer Föderalisten (UEF) Anna Echterhoff. Ursula Kunigham ist Schatzmeisterin, Dana Naujoks Schriftführerin.

Margriet Zieder-Ripplinger, Prof. Dr. Norbert Gutenberg, Volker Oberhausen, Werner Hillen, Hans-Joachim Tascher, Gaëtan Glaub und Matthias Spies komplettieren den Vorstand als Beisitzer*innen.

Dass Frieden, Freiheit und Demokratie in Europa keine Selbstverständlichkeit seien, dürfe spätestens seit Beginn des Krieges in der Ukraine allen klar sein. Aber auch die Corona-Pandemie und der Klimawandel machten mehr als deutlich, dass die Nationalstaaten die Herausforderung nicht alleine bewältigen können und wir die Europäische Union zu einem föderalen Bundesstaat weiterentwickeln müssen – so der Tenor der rund 20 Anwesenden bei der Mitgliederversammlung.

„Mit Blick auf die Wahl in Frankreich wird deutlich, dass gerade in unserer französischen Nachbarregion Grand Est eine



Das neue Vorstandsteam der Europa-Union Saar
Foto: EUD Saar

gewisse anti-europäische Einstellung bei den unterstützten Parteien vorherrscht. Das Saarland und die Großregion müssen daher eine Vorreiterrolle in diesem europäischen Einigungsprozess einnehmen und zu einer echten Modellregion für Europa werden. Dazu gehört, dass grenzüberschreitende Hürden endlich abgebaut werden und Politik im Sinne der Menschen in der Großregion gestaltet wird“, betonte Stockhorst abschließend.

Verantwortlich: Jonas Heintz

Rheinland-Pfalz

Fortbildung mit europäischem Geist

Durch eine Kooperation zwischen der Europa-Initiative St. Germanshof, dem Europahaus Bad Marienberg, dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und der Europa-Union Rheinland-Pfalz entstand eine zweitägige Lehrerfortbildung im französischen Niederbronn-Les-Bains, die sich mit den vielen Facetten der deutsch-französischen Grenzraumgeschichte befasste. Dabei standen die langjährigen Versuche der Überwindung nationaler Gegensätze, aber auch ethische und geopolitische Fragestellungen im Mittelpunkt. Am Beispiel ausgewählter Erinnerungs- und Gedenkort im Grenzgebiet wurden didaktische Ansätze für eine Einbettung relevanter Themen im Unterricht geliefert. Neben dem Grenzübergang St. Germanshof standen der Lazarettfriedhof Weiler-Wissembourg, die Maginot-Linie, das doppelte Schlachtfeld 1793 und 1870/71 sowie das geteilte Dorf Scheibhardt (D)/Scheibhardt (F) auf dem Programm. Auch ein Rundgang durch das europäische Viertel in Straßburg mit Empfang im Centre d'Information sur les Institutions Européennes fand statt. Die Teilnehmer wurden motiviert, die Thematik im Unterricht wieder aufzugreifen und mit jungen Menschen zusammen die „Wiege Europas“ kennenzulernen.

Denn kein Ereignis beschreibt die Bedeutung der Europäischen Idee für den deutsch-französischen Grenzraum besser als der „Studentensturm“ vom 6. August 1950 am Grenzübergang St. Germanshof-Wissembourg. Nach drei verheerenden Kriegen in 100 Jahren auf europäischem Boden, in denen sich Deutsche und Franzosen bekämpften, hat die europäische Jugend hier mit ihrer spektakulären Aktion ein Zeichen gegen Krieg und Gewalt und für ein friedliches, nachbarschaftliches Miteinander gesetzt. Rund 300 Studenten zogen an den Grenzübergang. Sie rissen die Schlagbäume ein und forderten mit ihrer gemeinsamen Proklamation ein föderales Europa mit offenen Grenzen, die Bildung eines europäischen Parlaments und einer europäischen Regierung.



Europadenkmal in St. Germanshof

Foto: Dr. Norbert Herhammer

Die Fortbildung richtete sich deshalb an deutsche und französische Lehrkräfte der Fachbereiche Geschichte bzw. Sozialkunde/Politik und erfreute sich einer großen Nachfrage. Sogar ein Teilnehmer aus Italien war dabei. Eine bewusst einkalkulierte Übernachtung und der dadurch mögliche Europäische Abend förderten das Gruppengefühl, so dass ein reger Austausch entstand. Spätestens beim gemeinsamen Flammkuchenessen fand sich auch der europäische Geist ein, und die elsässische Weinprobe sorgte endgültig für die nötige kreative Stimmung, um Ideen für zukünftige Kooperationen zwischen den deutschen und französischen Teilnehmern zu entwickeln.

Parlamentariergruppe gegründet

Anfang Juni haben sich die Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtages, die der Europa-Union angehören, zu einer interfraktionellen Parlamentariergruppe zusammengeschlossen. Ziel ihrer Arbeit ist es, den Dialog zwischen den Abgeordneten und den Bürgerinnen und Bürgern zu fördern sowie europapolitisch relevante Angelegenheiten, welche die Interessen des Landes Rheinland-Pfalz berühren, enger abzustim-

men. Die Netzwerkarbeit schließt insbesondere den „Ausschuss für Europa und eine Welt“ des Landtages, aber auch den Bundestag und das Europäische Parlament mit ein.

Landtagspräsident Hendrik Hering hob angesichts der anstehenden Herausforderungen infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine, aber auch des Klimawandels und der Kritik an demokratischen Strukturen hervor, ein starkes und geeintes Europa sei wichtiger denn je, und begrüßte deshalb die Einrichtung der Parlamentariergruppe.

Der Europa-Union-Landesvorsitzende Dr. Norbert Herhammer dankte den Abgeordneten für ihre Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, und äußerte die Hoffnung, dass dadurch auch der Europäische Wettbewerb für Schulen, das Schulbesuchsprogramm „Europa in die Schulen“ und nicht zuletzt die Einrichtung der „Europaschule Rheinland-Pfalz“ noch mehr Unterstützung erfahren. Insbesondere das Hambacher Schloss und der Grenzübergang mit dem früheren Zollhaus St. Germanshof stellten als Vermächtnis deutscher und europäischer Geschichte gleichsam einen Auftrag für das Land Rheinland-Pfalz dar.

Als Sprecher der Gruppe wird künftig ein Vertreter der größten Oppositionsfraktion fungieren; zunächst übernimmt der Abgeordnete Thomas Barth diese Aufgabe. Er hob in seiner Rede hervor, welche Bedeutung eine Zusammenarbeit proeuropäischer Akteure gerade auf dieser Ebene habe und nannte als weitere Aufgabe den deutsch-französischen Dialog, dem sich Rheinland-Pfalz in ganz besonderer Weise widmen müsse.

Verantwortlich: Lisa Mandau



Die neue EUD-Parlamentariergruppe im Landtag

Foto: Landtag RLP

Hamburg

Wir sind (wieder) online

Alles neu macht der M...; nein, der Juni! Nach sieben Monaten Relaunch-Prozess sind wir seit Juni mit einer neuen Online-präsenz live.

Zusammen mit der Agentur GSWE aus Greifswald haben wir die Internetseiten der Europa-Union Hamburg, der JEF Hamburg sowie des Europe Direct Infopoint Europa, dessen Träger wir sind, modernisiert. Zukünftig erwarten Besucher*innen ein aufgeräumtes, helles Design in den Farben der Europa-Union, ein Magazinteil und ein erneuerter Veranstaltungskalender.

So bündeln wir zukünftig unsere Veranstaltungen über alle drei Seiten und wollen langfristig den Kalender für Veranstaltungen von Partnerorganisationen öffnen. Kerninformationen wie Organisator, Ort, Art der Veranstaltung (online/präsenz/hybrid) und Redner*innen sind direkt erfassbar.

Der Magazinteil bietet Aktuelles rund um Europa in Hamburg, aus Hamburg und für Hamburg. Neben der Berichterstattung zu aktuellen Europa-(politischen) Themen liefern wir Meinung, Analysen und Hintergrund.

Wir haben uns für das Open Source-System Sulu als Contentmanagement System entschieden. Einzelne Bausteine wurden für unsere Bedürfnisse angepasst.

Jetzt vorbeikommen:
www.europa-union-hamburg.de

Europa verankern

Hamburg ist das letzte Bundesland, das noch keinen direkten Bezug zur europäischen Einigung in der Landesverfassung stehen hat. Mit einer geplanten Verfassungsänderung soll endlich (!) ein solches Bekenntnis den Weg in die Verfassung



Sprühkreideaktion zur Verfassungskampagne „Europa verankern“
Fotos: Lars Becker

finden. Denn in Zeiten kriegerischer Konflikte und von Renationalisierungsbestrebungen in Europa ist es wichtiger denn je, die Bedeutung der europäischen Einigung hervorzuheben und unsere gemeinsamen Werte zu verteidigen.

Zusammen mit dem Marktforschungsunternehmen Appinio haben wir die Hamburger*innen befragt: Etwa zwei von drei fühlen sich als EU-Bürger*innen. Fast drei von vier finden es mindestens „eher wichtig“, dass die Hamburger Landesverfassung einen Bezug zu Europa aufweist. Rund vier von fünf meinen, dass die EU wichtig für Hamburg ist.

Mit einem Bekenntnis zu Europa in der Hamburger Verfassung betonen wir den Friedensaspekt, die wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen wie auch die Bedeutung der EU für unsere Stadt.

Um darauf aufmerksam zu machen, verteilten wir gemeinsam mit der JEF Hamburg über die Innenstadt unser Kampagnen-Logo mit Sprühkreide.

Im Juni feierte die Hamburger Landesverfassung 70 Jahre. Zwar konnte bis dahin eine Änderung nicht final sein, aber wir sind zuversichtlich: Europa wird auch in Hamburg gemacht!

Europawoche endlich wieder vor Ort

Traditionell findet vom 30. April bis zum 9. Mai die Europawoche in Hamburg statt. Diese wird federführend von der Senatskanzlei organisiert, die Europa-Union sowie der Europe Direct Infopoint Europa sind dabei verlässliche Partner. Nach zwei Jahren pandemiebedingter Absage bzw. mehrheitlich digital stattfindenden Veranstaltungen kehrten wir dieses Jahr endlich wieder mit Präsenzveranstaltungen zurück.

Highlight waren ein Vortrag und eine Diskussion mit dem bulgarischen Politologen und Politikberater Ivan Krastev zur Zukunft der Europäischen Union. Mehrere Veranstaltungen thematisierten die EU in Zeiten von Krieg und Frieden und die von Bundeskanzler Scholz verkündete Zeitenwende. Beim Jungen Europa-Forum des Europe Direct stand die Jugendbeteiligung im Mittelpunkt. So hatten mehrere Hundert Schüler*innen die Möglichkeit, sich mit Themen wie Mobilität, der EU als Friedensprojekt, Klimaschutz oder Migration auseinanderzusetzen und über Entscheidungsfindungsprozesse zu lernen.

Aus dem Vorstand

Mitte Juni traf sich unser Landesvorstand zur Klausurtagung. Für viele neue Mitglieder des im Oktober 2021 gewählten Vorstandes war das die erste Möglichkeit sich „live und in Farbe“ zu treffen und kennenzulernen. Bis dahin hatten aufgrund der Pandemie die regelmäßigen Vorstandssitzungen digital stattgefunden. Auf der Agenda standen: strategische Arbeit des Vorstands, Ausblick auf die zweite Jahreshälfte 2022 und Veranstaltungsplanung 2023. Bei bestem Wetter trafen wir uns im Garten des Europa-Jugendbüros in Hamburg.

Verantwortlich: Verena Reihls

Sachsen-Anhalt

Europa-Tickets vergeben

Zum Europa-Tag am 9. Mai im Europäischen Jahr der Jugend hatten sich die Europa-Institutionen des Landes Sachsen-Anhalt, darunter die Europa-Union und die Jungen Europäischen Föderalisten, die Staatskanzlei Sachsen-Anhalt, die Landeszentrale für politische Bildung und Europe Direct etwas ganz Besonderes ausgedacht: das Europa-Ticket. Nach der langen Corona-Zeit wird Jugendlichen des Landes (18 bis 27 Jahre) damit das ermöglicht, was sie so lange nicht konnten: Reisen durch Europa, Menschen kennenlernen und sich mit ihnen austauschen.

Unter der Schirmherrschaft von Europa-Minister Rainer Robra konnten am Magdeburger Hauptbahnhof – stellvertretend für 110 erfolgreiche Bewerberinnen und Bewerber – 15 Jugendliche vom Vorstandsvorsitzenden der DB REGIO Südost, Dr. Wolfgang Weinhold, die Europa-Tickets entgegennehmen. Die Jugendlichen werden im Sommer mit ihren 7-Tage-Eurail-/Interrail-Tickets Europa bereisen und mit ihren Beiträgen alle Beteiligten daran teilhaben lassen.

Weitere 125 Bewerberinnen und Bewerber haben die Möglichkeit, an einer Studienreise nach Brüssel teilzunehmen, und können die europäischen Institutionen kennenlernen. Für sie werden 4-Tage-Eurail-/Interrail-Tickets zur Verfügung gestellt, so dass auch sie noch die Möglichkeit haben, in weitere europäische Länder zu reisen. Damit haben insgesamt 235 Jugendliche die Möglichkeit, Europa besser kennen zu lernen.

Halle-Saalekreis

Neuer Kreisverband: Am 8. Juni wurde der Kreisverband Halle-Saalekreis der Europa-Union in der traditionsreichen Gaststätte Krug zum Grünen Kranze in Halle (Saale) gegründet. Insgesamt nahmen 14 Personen, darunter der Landesvorsitzende Thomas Rieke, an der Gründungsversammlung teil.



Die Teilnehmer der Gründungsversammlung mit dem neuen Vorsitzenden Alexander Vogt (M.) Foto: EUD Halle-Saalekreis

Ziel des neuen Kreisverbandes ist es, von der bevölkerungsreichsten Stadt Sachsen-Anhalts aus gemeinsam mit dem angrenzenden Saalekreis die Europa-Union im Süden des Flächenbundeslandes zu stärken.

Es ist geplant, dass der Kreisverband mindestens einmal im Jahr eine Leuchtturmveranstaltung organisiert, die einen Beitrag dazu leisten wird, aktuelle europapolitische Themen im südlichen Sachsen-Anhalt zu diskutieren und bekannter zu machen.

Als Vereinsvorsitzender wurde Dr. Alexander Vogt gewählt, der durch die Stellvertreter Dr. Iris Kinitz und David Horn sowie Schatzmeisterin Kathrin Bertram unterstützt wird. Als Beisitzer konnten die beiden Landtagsabgeordneten Marco Tullner und Dr. Andreas Schmidt gewonnen werden. Der Saalekreis wird durch Marcus Turré als Beisitzer im Vorstand vertreten sein. Ziel unseres Vereins ist auch eine enge Zusammenarbeit mit den aktiven Jungen Europäischen Föderalisten Halle (Saale), welche auch im Vorstand als kooptierte Mitglieder mitwirken sollen.

Magdeburg

Neuer Vorstand: Die Europa-Union Magdeburg führte am 25. Mai die jährliche Mitgliederversammlung im einewelt Haus durch. Der scheidende

Vorsitzende Matthias Stübig wies in seiner Eröffnung auf die besonderen Umstände der Amtszeit hin. Er zog ein erfreuliches Fazit: Trotz der Corona-Pandemie sei der Kreisverband gewachsen und habe neue Mitglieder begrüßen können.

Der neu gewählte Kreisvorsitzende Jan Braunsberger bedankte sich insbesondere bei Matthias Stübig und Melanie Diedrich-Schüller für ihre Arbeit im Kreisvorstand während der Corona-Pandemie. „Mit dem Kreisverband haben wir ein starkes Team für Europa in der Landeshauptstadt Magdeburg und der Region. Ich freue mich auf die bevorstehenden Veranstaltungen und eine lebendige Vereinsarbeit“, so Braunsberger in seinem Schlusswort an die Mitglieder.

Neben dem Vorsitzenden Jan Braunsberger gehören zum neuen Kreisvorstand die stellv. Vorsitzende Kerstin Mogdans, Schatzmeister Daniel Adler, Schriftführer Ingo Kleinwächter sowie als Beisitzerinnen bzw. Beisitzer Karolin Braunsberger-Reinhold MdEP, Anne-Marie Keding MdL und Thomas Rieke.

Verantwortlich: Thomas Rieke



Der neue Vorstand des KV Magdeburg

Foto: EUD Magdeburg

Sachsen

Europawoche

Zum Auftakt der Europawoche eröffnete EUD-Landesvorsitzende Katharina Wolf die Festlichkeiten in Bautzen. Eingeladen vom Europe Direct Ostsachsen, sprach sie im Technologie- und Gründerzentrum Bautzen über die Rolle Sachsens in Europa. Der Leitspruch der Europäischen Union „In Vielfalt geeint“ stand dabei im Fokus. Gerade in Bautzen, das an der Grenze zu Polen und Tschechien liegt und wo viele sorbische Menschen leben, ist dieses Motto im Alltag deutlich zu spüren. Das betonte auch der Oberbürgermeister der Stadt, Alexander Ahrens, der neben Katharina Wolf und dem Leiter des Europe Direct, Michael Paduch, einen Redebeitrag leistete.

Am Samstag vor dem Europatag schlossen sich Europa-Union und JEF in Leipzig zusammen und vertraten den föderalen Gedanken bei einem Informationsstand vor dem Leipziger Hauptbahnhof. Passant*innen und Mitglieder kamen ins Gespräch über Europa in Zeiten des Krieges, die Zukunft der EU, gemeinsame Ziele für ein Zusammenleben und europäische Politik. Durch den offenen Austausch konnten die Freiwilligen, die den Stand betreuten, die Arbeit der Europa-Union in Sachsen niederschwellig vorstellen und neue Mitglieder gewinnen.

Am Europatag selbst hatten Jugendliche aus Sachsen die Gelegenheit, dem sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer im Rahmen des Europäischen Jahres der Jugend unter dem Motto "Voice Your Vision" virtuell zu begegnen. Im Vordergrund stand die Frage, wie seine Regierung die Jugend in Sachsen



Ministerpräsident Kretschmer stellt sich am 9. Mai den Fragen von Jugendlichen.

Bild: EUD Sachsen

besser in politische Entscheidungsprozesse einbinden kann. Ein wichtiger Punkt in den Gesprächen war auch die Frage, wieviel Platz jungen Menschen in der Öffentlichkeit noch eingeräumt wird. Die Veranstaltung wird im Herbst wieder stattfinden, dann dürfen junge Menschen erneut ihre Anliegen dem Ministerpräsidenten persönlich vortragen.

Verantwortlich: Laura Greiff

Mecklenburg-Vorpommern

Themenschwerpunkt Frankreich

Im ersten Halbjahr übernahm Frankreich die EU-Ratspräsidentschaft, und auch im Landesverband stand unser Nachbarland im Fokus.

Bürgerfonds

Den Deutsch-Französischen Tag am 22. Januar nahmen wir zum Anlass, den Deutsch-Französischen Bürgerfonds Interessierten öffentlich vorzustellen. Er wurde 2019 von Angela Merkel und Emmanuel Macron im Rahmen des Aachener Vertrags ins Leben gerufen und fördert kulturellen Austausch auf lokaler Ebene. Wie dies in der Praxis funktioniert, erläuterte die Regionalberaterin für den Bürgerfonds, Dr. Margarete Mehdorn. Mit ihr diskutierten unter der Moderation von Ralf-Peter Hässelbarth die Vorsitzende der Deutsch-Französischen Gesellschaft (DFG) Neubrandenburg, Dr. Christa Damert, und der stellv. EUD-Landesvorsitzende, Jürgen Lippold. Die Veranstaltung fand – coronabedingt – digital statt und ist auf unserer Website abrufbar: <https://bit.ly/df-buergerfonds>



Botschaftsgespräch

Im Rahmen unserer traditionellen Botschaftsgespräche zur Ratspräsidentschaft luden wir am Europatag gemeinsam mit der DFG Neubrandenburg die französische Botschafterin Anne-Marie Descôtes ein. Leider musste die Botschafterin ihre persönliche Teilnahme absagen, da genau am 9. Mai der Besuch des wiedergewählten Staatspräsidenten Emmanuel Macron beim deutschen Bundeskanzler erfolgte. Statt ihrer kamen zwei Vertreter*innen der Botschaft und stellten die Ziele der französischen Ratspräsidentschaft vor. Dazu gab es eine rege Diskussion. Das Treffen fand unter dem Motto „Invitation à un dîner débat“ in einer Neubrandenburger Restauration statt, die extra für diesen Abend ein französisches Essen kreiert hatte. Mit dieser kulinarischen Hommage sollte

das Weltkulturerbe der französischen Küche den Neubrandenburgerinnen und Neubrandenburgern nähergebracht werden. Oberbürgermeister Silvio Witt und EUD-Landesvorsitzender Prof. Dr. Robert Northoff MdL konnten hierbei auch Gäste aus der französischen Partnerstadt Nevers begrüßen.

Autorenlesung

Ein weiterer Baustein unseres deutsch-französischen Themenschwerpunkts war die gut besuchte Autorenlesung von Joseph de Weck in der Regionalbibliothek Neubrandenburg. In seinem Buch „Emmanuel Macron – der revolutionäre Präsident“ schildert der Historiker und Politologe die turbulenten Macron-Jahre und setzt sich mit der Denkweise und der Politik des Hausherrn im Elysée auseinander. Bei der Lesung, die kurz nach Macrons Wiederwahl stattfand, ging es u. a. um die Frage „Kann Macron Frankreich und Europa zum Sprung in die Zukunft zwingen?“. In diesem Zusammenhang wurde auch über die EU-Zukunftskonferenz und die wichtige Rolle Frankreichs bei der Fortsetzung dieses Prozesses gesprochen.

Wir danken dem Deutsch-Französischen Bürgerfonds für die Unterstützung unserer Bildungsangebote.

Verantwortlich: Ralf-Peter Hässelbarth

Bremen

Mal wieder was Neues ...

.... aus Bremen! Im und um den Landesverband ist seit Anfang des Jahres einiges passiert. Neben der Wahl einer neuen Geschäftsführung engagierte sich die Bremer Europa-Union im Rahmen von verschiedenen Veranstaltungen und Friedenskundgebungen. Besondere Freude bereitete auch der Besuch der EU-Antisemitismusbeauftragten Katharina von Schnurbein. All das lässt sich seit April auf dem neuen Instagram-Account @europaunion_bremen verfolgen!

Neue Geschäftsführung

Nachdem zunächst Dr. Emanuel Herold die Geschäftsführung des Landesverbandes kommissarisch übernommen hatte, wählte die außerordentliche Mitgliederversammlung am 26. April Carolin Ryngler zur neuen Geschäftsführerin. Die 24-Jährige absolvierte 2021 ihr Bachelorstudium in Politik- und Rechtswissenschaften an der Universität Münster und befindet sich aktuell im zweiten Semester des Masterstudiums „Komplexes Entscheiden“ an der Universität Bremen. Die EU und Europa waren dabei immer wieder Studienschwerpunkte: durch den Erasmus-Aufenthalt in Madrid, das Stipendiaten-Programm der Konrad-Adenauer-Stiftung oder das Engagement bei Amnesty International. Einen besonderen Fokus möchte sie auf die politische Kommunikation legen und stellt die Frage „Wie schaffen wir es, wieder mehr (junge) Menschen für europäische Themen zu mobilisieren?“ in den Mittelpunkt ihrer zukünftigen Arbeit.

#StandwithUkraine

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ist in Europa alles anders – entsprechend beteiligt sich der Landesverband in besonderem Maße an den Friedenskundgebungen in Bremen. Als Teil eines großen gesellschaftlichen Bündnisses (u. a. mit den Bürgerschaftsfraktionen, dem DGB, dem Verein „Ein Herz für Ukraine“) rief und ruft er regelmäßig zu den Kundgebun-

gen auf. Auf prominenten Plätzen wie dem Domshof oder dem Theaterplatz sprach dabei die Europa-Union-Vorsitzende, Dr. Helga Trüpel, vor bis zu 4.000 Menschen. Die Botschaft: Wir sind solidarisch mit der Ukraine, internationales Recht muss geachtet werden und wir müssen unsere europäischen Werte mehr verteidigen als je zuvor.

Besuch der Antisemitismusbeauftragten

Ein besonderes Highlight in der ersten Jahreshälfte: der Besuch der Antisemitismusbeauftragten der EU auf Einladung der Europa-Union Bremen. Am 08.06. wurde Katharina von Schnurbein von Helga Trüpel und Carolin Ryngler durch ein umfangreiches Tagesprogramm begleitet. Dazu gehörten u. a. ein Treffen mit der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport, Gespräche mit Abgeordneten der Bremer Bürgerschaft und ein Besuch bei der jüdischen Gemeinde. Dabei kam es durchgehend zu einem fruchtbaren Austausch über die neue EU-Antisemitismusstrategie, die Bedürfnisse der jüdischen Gemeinschaft und die entsprechenden Gestaltungsmöglichkeiten für Politik und Zivilgesellschaft. Die lokale Presse (Weserkurier, TV buten un binnen) nahm die Themen ebenfalls für Interviews auf. Diese Eindrücke konnten direkt in eine Abendveranstaltung mitgenommen werden: Bei einer öffentlichen Debatte stellte Katharina von Schnurbein zunächst die Schwerpunkte der neuen EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus vor und diskutierte im Anschluss mit dem Publikum und Dr. Hermann Kuhn, Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft.



(v. l. n. r.) Katharina von Schnurbein, Helga Trüpel, Sülmezz Dogan, Hermann Kuhn Fotos: EUD Bremen

Europawoche

Im Rahmen der Europawoche beteiligte sich der Landesverband an der Aufstellung des Rahmenprogrammes, zu dem rund 70 Veranstaltungen gehörten.

Neben einem Redebeitrag von Helga Trüpel auf der Eröffnungsfeier engagierte sich die Europa-Union Bremen durch die Organisation von zwei Veranstaltungen.

Am „Europa-Kindertag“, einer Kooperation mit dem EuropaPunktBremen, konnten Kinder kostenlos rund um das Thema Europa an verschiedenen Stationen malen, basteln und spielen.



Schülerinnen und Schüler feiern die Eröffnung der Europawoche.

Die Veranstaltung „Die Unabhängigkeit der Justiz und die Lage des Rechtsstaats in Polen“ fand in Kooperation mit der Juristischen Gesellschaft und dem Bremer Richterbund statt. Im Foyer des Goetheaters diskutierten Dariusz Mazur (Strafrichter am Landgericht in Krakau und Sprecher der unabhängigen Richtervereinigung THEMIS), Prof. Dr. Garsztecki (Politologe und Historiker an der TU Chemnitz) und Prof. Dr. Claudio Franzius (Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bremen). Dabei wurde unter anderem beantwortet, wie weit der Umbau des Rechtsstaates in Polen bisher vorangeschritten ist, wie sich der Russland-Ukraine-Krieg auswirkt, was die europäischen Institutionen bisher getan haben und vor allem tun können und sollten.

Verantwortlich: Carolin Ryngler

Schleswig-Holstein

EU und Türkei: Hilfe für Geflüchtete

Gastbeitrag des schleswig-holsteinischen Europaabgeordneten Niclas Herbst über seine Reise an die türkisch-syrische Grenze:

„Fast 2,6 Millionen Menschen sind 2015/16 in EU-Länder geflohen. Als Reaktion beschlossen die Mitgliedstaaten, die Türkei bei der Aufnahme von Geflüchteten zu unterstützen. Als Stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Europaparlaments durfte ich eine Delegationsreise leiten, die sich vor Ort ein Bild davon gemacht hat, wie die Mittel eingesetzt werden.“

Derzeit leben rund vier Millionen Geflüchtete in der Türkei, die meisten von ihnen kommen aus Syrien. Die EU unterstützt die Versorgung dieser Menschen mit der „EU-Facility for Refugees in Turkey (FRIT)“ im Umfang von sechs Milliarden Euro. Mit dem „Instrument for Pre-Accession Assistance (IPA)“ werden Geflüchtete zudem bei Bildung und Gesundheitsversorgung unterstützt. Die Mittel werden eingesetzt für den Kauf von Lebensmitteln, die Unterstützung von fast 700.000 Kindern beim Schulbesuch, den Bau von Krankenhäusern und vieles mehr.

Die EU-Mittel fließen zum großen Teil direkt an konkrete Projekte, nicht an die türkische Regierung. Davon konnten wir uns vor Ort überzeugen. Unsere Delegation hat unter anderem ein Vorschulprojekt besucht, das von UNICEF, der Lego Foundation, FRIT und MoNE finanziert wird. Zudem werden Journalisten im Rahmen des Projekts „Media for Freedom“ gefördert.

Angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der starken Präsenz des russischen Militärs in Syrien hat die EU-Hilfe in der Türkei eine neue strategische Dimension erreicht. Im Großraum Idlib leben rund 1,5 Millionen Menschen in Zelten. Die Camps liegen in Reichweite russischer Artillerie. Es bleibt abzuwarten, ob Russland die Geflüchteten als Druckmittel einsetzt (Anm. d. Redaktion: Die jüngsten Entwicklungen bestätigen genau das.).



Besuch in Mamak bei einem Vorschulprojekt

Foto: Natalya Polidoroff/EP-BUDG-Ausschuss

Umso wichtiger ist es, dass die EU die Hilfe in der türkisch-syrischen Grenzregion fortsetzt und die Türkei unterstützt. Sie bleibt bei aller berechtigten Kritik ein strategisch wichtiger Partner der EU. Eine weitere Welle Geflüchteter würde die Mitgliedstaaten vor Herausforderungen stellen, die derzeit nicht abzusehen sind. Die Reise hat deutlich gemacht, dass der Krieg in Syrien und die Konflikte in der Region weiter von Bedeutung sind und nicht vergessen werden dürfen.“

„Sondersitzung“ des Europäischen Rates in Lübeck

Im Mai haben sich 25 Studierende aus ganz Europa in Lübeck getroffen. Angereist waren sie u. a. aus Dänemark, Frankreich, Kroatien und Polen. Organisiert wurde das zweitägige

Planspiel zur europäischen Migrations- und Asylpolitik von Schüler.Helfen.Leben und der Europa-Union Schleswig-Holstein. Nachgespielt wurde ein Europäischer Sondergipfel.

Nach dem Kennenlernen und theoretischem Input schlüpften die Teilnehmenden in ihre Rolle als Staats- und Regierungschefs und bereiteten die Verhandlungen vor. Am zweiten Tag ging es dann richtig los: Plenardebatten und Diskussionen auf Englisch mussten geführt werden. Am Ende der teilweise hart geführten Verhandlungen wurde schließlich über die Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution mit mehreren Anträgen zur Verbesserung der EU-Migrations- und Asylpolitik abgestimmt. Dabei standen ein neuer Verteilmechanismus sowie Hilfen für Herkunftsländer im Mittelpunkt. Abgerundet wurde das Programm mit einem gemeinsamen Abend zum Eurovision Song Contest.

Verantwortlich: Ralf Rose



Gute Stimmung beim internationalen Planspiel in Lübeck

Foto: Schüler.Helfen.Leben Lübeck

Nordrhein-Westfalen

Russland und Europa

Anlässlich des Europatags der Stadt Bonn am 7. Mai, den die Europa-Union Bonn/Rhein-Sieg mitgestaltet hat, hielt Kai Pfundt, Redakteur des General-Anzeigers Bonn, einen Vortrag, den wir hier in gekürzter Version veröffentlichen:

„Am 24. April erlebte Europa einen entscheidenden Moment. Bei den Stichwahlen in Frankreich siegte der amtierende Präsident Emmanuel Macron. Das hatten die Umfragen so prognostiziert, es gab angesichts der Erfahrungen der vergangenen Jahre (Trump, Brexit) aber eine gewisse Unsicherheit. Dieses Mal behielten die Demoskopen Recht. Macrons Gegnerin, die Nationalistin Marine Le Pen, kam auf 41 Prozent der Stimmen.

Der Wert der deutsch-französischen Achse

Stellen wir uns einmal vor, Le Pen hätte die Wahl gewonnen. Von einem „Frexit“, einem Austritt aus der EU nach britischem Vorbild, hatte sie sich zwar mittlerweile distanziert. Doch das Programm ihrer Partei Rassemblement National blieb antieuropäisch und nationalistisch: Le Pen kündigte ein Ende der deutsch-französischen Achse an, warb für ein „Europa der Vaterländer“, wollte Migranten zu Bürgern zweiter Klasse degradieren und kündigte einen Ausstieg

aus der Nato an – insgesamt ein politisches Programm, das das Potenzial hatte, die EU zu sprengen. Denn was wäre Europa wert ohne deutsch-französische Lokomotive? Die Erfahrung zeigt: Nur wenn beide Länder zusammenarbeiten, können Lösungen in und für Europa erreicht werden.

Nehmen wir an, Le Pen säße nun im Elysée-Palast. Was wären die Folgen? Europa würde womöglich zu einem instabilen System wie vor 1914 zurückkehren. Wechselnde kleinere Staatenbündnisse könnten entstehen und um die Gunst außereuropäischer Mächte werben. Alte Zwiſtigkeiten könnten wieder aufbrechen, bestehende Streitigkeiten eskalieren. Der Fischereikonflikt zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich ist ein Beispiel für eine Auseinandersetzung um einen eigentlich unbedeutenden Wirtschaftszweig, die aber geeignet ist, nationalistische Emotionen aufzupeitschen.

Moskau will spalten: „UE“ vs. EU

Statt eines starken Europa würden womöglich mehrere Blöcke in Europa entstehen, die aus einer Position der Schwäche um die Gunst von Großmächten werben, der USA zum Beispiel, aber auch von autoritären Staaten wie China und Russland.

Es ist sehr gut vorstellbar, dass sich in einem Uneinigen Europa (UE statt EU) verschiedene Staaten (wie Ungarn) Vorteile von einem Bündnis mit dem Kreml versprechen würden. Nicht umsonst bemüht sich Russ-

land seit Jahren, Spaltung, Nationalismus und Egoismus in Europa zu fördern. Im Zusammenhang mit dem Brexit hatte das Erfolg. Moskau unterstützt in Deutschland antieuropäische Parteien wie die AfD und die Linke, und auch Le Pens Partei erhielt von einer teilweise russisch kontrollierten Bank 2014 einen millionenschweren Wahlkampfkredit. Sicherlich erfüllten auch die günstigen russischen Energielieferungen einen strategischen Zweck, nämlich Abhängigkeit zu schaffen. Die Folgen lernen wir nun schmerzhaft kennen.

Der Wert der Wertegemeinschaft Europa

Was unser Europa von autoritären Ländern wie China und Russland unterscheidet, wird uns im Ukraine-Krieg vor Augen geführt, überdeutlich zum Beispiel bei der Meinungsfreiheit. Das Putin-Regime macht eine unabhängige Berichterstattung unmöglich. Im Eilverfahren wurde Anfang März ein neues Mediengesetz verabschiedet, das jede Form von kritischem Journalismus praktisch unmöglich macht. Die Verwendung von Begriffen wie „Krieg“, „Einmarsch“, „Invasion“ oder „Angriff“ kann mit Haftstrafen bis zu 15 Jahren bestraft werden. Viele der sowieso wenigen regierungskritischen Medien in Russland wurden seitdem geschlossen, zum Beispiel der Radiosender Echo Moskwy, die wichtigste unabhängige Zeitung Nowaja Gaseta oder der Sender Doschd TV. Nun können sich die Bürger nur noch über staats- oder staatsnahe Medien informieren.



Foto: EUD NRW

Zum Tode von Frank Heu

Am 12. April verstarb unerwartet unser Freund und Mitglied des Landesvorstandes der Europa-Union NRW, Frank Heu. Frank setzte sich für den Bereich Außenwirkung und Öffentlichkeitsarbeit ein. Er war außerdem Vorsitzender des Kreisverbandes Herne.

Frank Heu organisierte zahlreiche europapolitische Veranstaltungen und war auch selbst als Referent u. a. für das Thema Brexit aktiv. Er leitete die Europa-Union Herne während der Einschränkungen durch die Coronapandemie und war für die erfolgreiche Umwandlung des Kreisverbands in einen eigenständigen e.V. verantwortlich. Neben seiner Tätigkeit im Landesvorstand war er als Delegierter bei zahlreichen Landesversammlungen und Bundeskongressen beteiligt.

Unsere Gedanken sind bei seiner Familie. Frank Heu war ein verdienter Europäer. Wir wollen ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Der Kontrast zwischen der Situation in Russland und dem, wofür Europa steht, könnte nicht größer sein: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Rechte von Minderheiten sind für viele Europäer so zur Selbstverständlichkeit geworden, dass sie kaum noch einen Gedanken daran verschwenden. Doch durch sie grenzen wir uns ab von autoritären Regimen wie Russland und China, aber auch zum Beispiel von der Türkei. Ich finde, der Ukraine-Krieg führt uns den Wert der Wertegemeinschaft Europa sehr deutlich vor Augen. Wir können Grundrechte wie das auf Meinungsfreiheit nur deshalb als selbstverständlich nehmen, weil sie mehrfach abgesichert sind, unter anderem durch die europäischen Verträge.

Stärke des Rechts vs. Recht des Stärkeren

Christoph Heusgen, ehemaliger außenpolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel und heute Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, schrieb neulich im „Spiegel“ in Bezug auf Deutschland: „Die Nato und die Europäische Union bleiben unsere geborenen Verbündeten. Die EU ist die Inkarnation des Prinzips der Stärke des Rechts, das Gegenmodell zum Recht des Stärkeren.“ Das Beispiel von Putins Russlands zeigt in überdeutlicher Trennschärfe, wohin es führt, wenn ein (vermeintlich) Stärkerer sich sein Recht nimmt. Das sollten wir uns von Fall zu Fall vor Augen führen. Indem wir Europa stärken, verteidigen wir nicht nur unsere Grundrechte, sondern auch unseren Frieden.“

Verantwortlich: Anne Gödde



Brüssel

Praktikanten- stammtisch

Nachdem sich der Vorstand der Europa-Union Brüssel im Rahmen seiner Mitgliederversammlung am 25. April neu konstituiert hatte, konnten auch die neuen Prioritäten und Programmschwerpunkte für die kommenden Monate bis Ende des Jahres festgelegt werden.

Im Rückblick auf Veranstaltungen der vergangenen zwei Jahre, die pandemiebedingt fast ausschließlich online stattfanden, dominierte unter den Vorstandsmitgliedern der Wunsch, Vorstandssitzungen und Diskussionsveranstaltungen wieder zunehmend in Präsenz stattfinden zu lassen. Künftige Aktivitäten sollen weiterhin schwerpunktmäßig Grundsatzfragen und größere Zusammenhänge in den Mittelpunkt stellen, aber auch zunehmend auf die Rekrutierung neuer Mitglieder ausgerichtet werden.

In diesem Sinne hat sich unter den neu gewählten Vorstandsmitgliedern eine Gruppe zusammengefunden, die sich im Speziellen der Anwerbung europabegeisterter Praktikantinnen und Praktikanten im JEF-Alter widmet. Nachdem sich der im vergangenen Jahr durchgeführte „Karrierezoom“ zu Praktikums- und Berufseinstiegsmöglichkeiten in Brüssel großer Beliebtheit erfreute, hat sich der Verband dazu entschlossen, einen regelmäßigen EUD-Praktikantenstammtisch ins Leben zu rufen.

In monatlichen Abständen wird die EUD Brüssel einen lockeren Austausch für deutsche Praktikantinnen und Praktikanten anbieten und dabei jeweils einen VIP-Gast aus der Brüsseler Politikszene einladen, der den jungen Menschen für einen persönlichen Austausch zur Verfügung steht und über mögliche Karrieremöglichkeiten in der Hauptstadt Europas berichtet. Ziel ist es, mit diesem neuen Veranstaltungsformat neben der Etablierung eines regelmäßigen Treffens der Praktikantinnen und Praktikanten auch neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die EUD und JEF zu gewinnen. In Brüssel

angeworbene Mitglieder können nach ihrer Rückkehr ihren Erfahrungs- und Wissensschatz in den Landesverbänden der JEF und EUD einbringen, was zweifelsohne für die weitere Vereinsarbeit äußerst gewinnbringend sein wird.

Der Startschuss dieses nun regelmäßig stattfindenden Praktikantenstammtischs fiel am frühen Abend des 21. Juni in sommerlicher Atmosphäre im Biergarten des Parc du Cinquantenaire. Schwerpunkt dieses ersten Treffens war die allgemeine Vorstellung des Brüsseler EUD-Auslandsverbands, unserer Ziele und Aktivitäten. Die rund 20 anwesenden Praktikantinnen und Praktikanten aus EU-Institutionen, Auslandsvertretungen und Verbänden waren vor allem interessiert, mehr über die Arbeit der



Gut besucht: der erste Praktikantenstammtisch der EUD Brüssel
Foto: EUD Brüssel

EUD und JEF zu erfahren. Darüber hinaus profitierten die jungen Leute von der Expertise und den umfangreichen Tipps unserer Vorstandsmitglieder, die ihren individuellen Werdegang sowie ihre persönlichen Erfahrungen vor Ort in Brüssel schilderten.

Der zweite Praktikantenstammtisch wird nach der Sommerpause – voraussichtlich Anfang September – stattfinden, wobei als erster „VIP-Gast“ ein Mitglied der EUD-Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament anwesend sein wird.

Verantwortlich: Julia PreiB

Hessen

20 Jahre Euro

Der Einladung zum Europäischen Jahresempfang „20 Jahre Euro“ in die Alte Aula Wetzlar waren über 80 Gäste gefolgt. Darunter befanden sich rund 50 Schüler*innen der Goetheschule Wetzlar in Begleitung ihrer Lehrer Piet Frank und Jonas Falk, die die Veranstaltung im Politikunterricht vorbereitet hatten. Zwei Schüler gestalteten mit Sven Ringsdorf, Vorsitzender der Europa-Union Lahn-Dill, ein spannendes Zeitzeugen-Interview mit Dr. Hermann Otto Solms, der zum Zeitpunkt der Euro-Einführung als Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag in besonderer Verantwortung gestanden hatte. Professor Joachim Wuermeling, Vorstand der Deutschen Bundesbank und EUD-Schatzmeister, sprach in seinem Impulsvortrag über die „Aktuellen Herausforderungen der Währungsunion“. Auf dem Podium stellten sich die Redner gemeinsam mit Thomas Mann, Landesvorsitzender der Europa-Union Hessen, den Fragen des Publikums.



(v. l. n. r.) Thomas Mann, Joachim Wuermeling, Hermann Otto Solms, Sven Ringsdorf
Foto: EUD Hessen

Fazit zur Zukunftskonferenz

EUD-Generalsekretär Christian Moos konnte für ein spannendes Gesprächsformat zur Konferenz zur Zukunft der EU mit über 30 Teilnehmern gewonnen werden. Er zeigte die Bedeutung des basisdemokratischen Mitmachprozesses auf und freute sich, dass die Einführung transnationaler

Listen durch das Europäische Parlament beschlossen wurde. Landesvorsitzender Thomas Mann hätte sich gewünscht, dass der Prozess mit der ausklingenden Pandemie fortgeführt und vor Ort in Präsenz verstärkt wird, um noch mehr Beteiligung, Reichweite und Aufmerksamkeit zu erfahren.

Lahn-Dill

Pub-Quiz: Zum Auftakt der Europawoche hatten das Kulturstadamt der Stadt Wetzlar und die Europa-Union Lahn-Dill ein neues Format gewählt, das auf regen Zuspruch gestoßen ist: einen Pub-Quiz-Abend im urigen „Carroll's Irish Pub“. Quizmaster Patrick Hofmann griff in mehreren Fragerunden unterschiedliche Themenfelder auf, in denen das Publikum sein Allgemeinwissen und seine Kenntnisse rund um Europa, Irland und das deutsch-irische Verhältnis unter Beweis stellen konnte. 40 Gäste in sieben Teams stellten sich der Herausforderung. Die Folkrock-Band „Ghosttown Company“ begeisterte im Anschluss mit einem Mix aus traditionellen keltischen Stücken, Americana und einer Prise Rock.

Irland und die EU:

Die irische Generalkonsulin Anne-Marie Flynn war im Rahmen der Europawoche zu Gast an der Goetheschule Wetzlar. Vier Stunden nahm sich die junge Diplomatin Zeit und sprach vor 40 Grund- und Leistungskurs-Schüler*innen des Fachs Englisch über die Geschichte und Kultur Irlands und die Einstellung der irischen

Bevölkerung zur EU. Lehrer Piet Frank, der gemeinsam mit der Europa-Union Lahn-Dill und dem Kulturstadamt der Stadt Wetzlar die Veranstaltung organisiert hatte, koordinierte die Diskussion.

Waldeck-Frankenberg

Europastaatssekretär zu Gast: EUD-Kreisvorsitzender Rüdiger Heß und dessen Stellvertreter Dr. Jürgen Römer konnten zur

Europawoche Europastaatssekretär Uwe Becker begrüßen. Gemeinsam mit dem Ersten Kreisbeauftragten Karl-Friedrich Frese stand er in einer Diskussionsrunde Rede und Antwort. Becker erinnerte daran, dass die Werte der EU seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wieder mehr ins Bewusstsein gerückt seien. Der Stadt Fränkenberg machte er ein großes Kompliment. Dort werde Europa gelebt. Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit seien nicht selbstverständlich, sondern müssten jeden Tag erarbeitet werden, waren sich die Referenten und Beteiligten einig.

Wetterau

Baumpflanzung: Die Europa-Union Wetterau hat eine Rotbuche zum Europatag an der Limeshainer Verwaltung in Himbach gepflanzt. Bürgermeister Adolf Ludwig begrüßte u. a. den EUD-Kreisvorsitzenden Dr. Johannes Fertig sowie Kreisvorstandsmitglied Edda Weber und die Landtagsabgeordnete Lisa Gnadl. Er verurteilte im Namen aller politischen Verantwortlichen der Gemeinde den Angriff Russlands auf die Ukraine aufs Schärfste. Rund 70 Geflüchtete aus der Ukraine würden derzeit in Limeshain leben, in der Hoffnung auf einen baldigen Frieden. Der Angriff Russlands auf die Ukraine sei auch ein Angriff auf den Frieden in Europa. „Heute spüren wir besonders stark, wie wertvoll die Europäische Union für die Friedenssicherung ist.“ Seit ihrer Gründung arbeiteten viele Generationen daran, das Haus Europa zu einem Ort des Wohlstands und der Freiheit zu machen.

Wiesbaden-Rheingau-Taunus

Europatag-Aktion: Unter den Klängen der Europahymne vom Glockenspiel der Marktkirche hat Kreisvorsitzender Peter H. Niederelz am Europatag Solidarität mit der Ukraine gezeigt und gemeinsam mit dem Europaabgeordneten Michael Gahler, Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende, Stadtrat Andreas Kowol und Petermartin Oschmann ein neues Stadtschild mit der Aufschrift „Europastadt“ enthüllt.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf

Baden-Württemberg

Sommerempfang

Die Europaverbände in Baden-Württemberg haben am 9. Mai den Europatag mit einem Sommerempfang im Neuen Schloss Stuttgart gefeiert und dabei Frieden in Europa und vor allem für die Ukraine gefordert. Sowohl Europa-Union-Landesvorsitzende Evelyne Gebhardt als auch der baden-württembergische Europa-Staatssekretär Florian Hassler betonten in ihren Reden die Bedeutung des gemeinsamen Europas als Grundlage für 77 Jahre Frieden, Freiheit und Demokratie.

Preisverleihungen

Zwei Preisverleihungen der Europaverbände Baden-Württemberg fanden im Neuen Schloss Stuttgart statt.

Überreicht wurden die Auszeichnungen von Staatssekretär Hassler, EUD-Vorsitzender Evelyne Gebhardt und Marion Johannsen, Präsidentin der Europäischen Bewegung Baden-Württemberg.

euRobi-Preis: Der Stifterpreis der Europäischen Bewegung Baden-Württemberg wurde zum dritten Mal an Auszubildende verliehen, die einen Aufenthalt im europäischen Ausland absolviert haben. Den 1. Preis erhielt Caroline Sand für ihren Erfahrungsbericht aus Edinburgh. Der 2. Platz ging an Kathrin Haselwander und Tabea Mattner, der 3. Platz an Felix Kröker und Marc Rissling.



Ehrung der Preisträgerinnen und Preisträger des „euRobi 2022“ beim Sommerempfang der Europaverbände

Foto: Staatsministerium Baden-Württemberg

Rede über Europa: Der Wettbewerb wird von den Europaverbänden in Baden-Württemberg als Zusatzwettbewerb zum Europäischen Schüler-Wettbewerb ausgelobt. Die ersten Preisträgerinnen und Preisträger des Jahres 2022 sind: Florian Maier aus Sulz am Neckar (1. Preis), Elisabeth Adam aus Stuttgart (2. Preis), Anna Nothhelfer und Bianca Schmid aus Ludwigsburg (3. Preis).

70 Jahre Baden-Württemberg

Bei der Festveranstaltung des Landtags Baden-Württemberg zum 70. Landesjubiläum spielten das Thema Europa und die Jungen Europäer – JEF eine prominente Rolle. JEF-Landesvorsitzende Roberta Walser und Landesschatzmeister Jonathan Makurath waren als Kommentatoren eines Videos mit Botschaften der Abgeordneten aus vielen Landtagsfraktionen zum Thema Europa und Baden-Württemberg Teil des Programms.

Aktivitäten in Straßburg

Tag der Offenen Tür: Nachdem 2022 erstmals wieder nach einer Corona-Pause der Tag der Offenen Tür im Europäischen Parlament stattfinden konnte, waren auch Europa-Union und JEF mit einem Stand am Parcours im Parlamentsgebäude vertreten. Die Vorsitzenden der Europa-Union Ortenau, Roland Giebenrath, und der JEF Kehl, Stefan Preiß, konnten mit ihrem Standteam viele Interessierte begrüßen.

Strasbourg-Summit: Der Landesverband war mit einer Delegation beim „Strasbourg Summit“ von UEF, Mouvement Européen und JEF Europa vertreten.

Göppingen

Kraniche für den Frieden: Im Rahmen einer Mitmach-Aktion der Europa-Union und des Sozialverbands VdK sind mehr als 1.000 Kraniche für den Frieden in der Ukraine gefaltet worden. Beide Verbände hatten

die Bürgerinnen und Bürger im Kreis dazu aufgerufen, Kraniche zu falten und diese – als Symbol für den Frieden – in der Göppinger Innenstadt zusammenzutragen. Unter den Augen von Schirmherr Oberbürgermeister Alex Maier, der Mitglied der Europa-Union ist, wurden schlussendlich mehr als die anvisierten 1.000 Kraniche gezählt.

Karlsruhe

Korrespondent aus Brüssel: Knut Krohn von den Badischen Neuen Nachrichten war Gast eines interessanten Abends des Kreisverbandes. Er berichtete über seine Arbeit als Journalist in Brüssel und seine Eindrücke vom Politikbetrieb auf EU-Ebene. Er habe bereits in der Corona-Krise beobachtet, wie die Europäische Union aus einem politischen „Stillstand“ erwacht sei. Nun zwingt der Krieg in der Ukraine die Gemeinschaft der 27 Staaten dazu, endlich einige überfällige Reformen anzugehen.

Stuttgart

Mitgliederversammlung: Kreisvorsitzende Dr. Petra Püchner wurde von der Mitgliederversammlung im Stuttgarter Rathaus in ihrem Amt bestätigt. Zu stellv. Vorsitzenden wurden Michael Conz und Simone Schmidt gewählt. Schatzmeister bleibt Ralf Eichert. Neuer Schriftführer ist Christian Bernhart. Beisitzer sind Hans-Jochen Bosch, Kai Jehle-Mungenast, Daniela Keim, Lana Mayer, Mattis Schulte, Jitka Sklenarova, Susanne Winkler und Florian Ziegenbalg. Die Anwesenden diskutierten über den Abschluss der Konferenz zur Zukunft Europas.

Europäischer Wettbewerb: Die feierliche Preisverleihung für die Landeshauptstadt zum Europäischen Wettbewerb 2022 fand im Stuttgarter Rathaus statt. Nach der Begrüßung durch den Vorstand der Europa-Union und Grußworten von Mitgliedern des Gemeinderats wurden 38 Schülerinnen und Schüler der Jahrgänge 5 bis 12 aus sechs Stuttgarter Schulen mit Orts-, Landes- und Bundespreisen geehrt. Auch die Fachlehrerinnen und -lehrer wurden für ihr Engagement ausgezeichnet.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Niedersachsen

Landesverband beim Tag der Niedersachsen

Die Europa-Union Niedersachsen war – nach zweijähriger Coronapause – beim endlich wieder ausgetragenen „Tag der Niedersachsen“ präsent und konnte an ihrem Stand im Zentrum der Feiermeile zahlreiche interessante Gespräche bei vielen persönlichen Begegnungen führen. So besuchten unter anderem Doris Schröder-Köpf (Ex-Kanzlergattin, heute MdL), der niedersächsische Kultusminister Grant Hendrik Tonne und die Landtagsvizepräsidentin Meta Janssen-Kucz den Stand der Europa-Union – alle übrigens Mitglieder des Landesverbandes. Rund 500.000 Menschen besuchten die zweitägigen Veranstaltungen in der Landeshauptstadt Hannover. Neben Informationen und Dialog zu europapolitischen Themen sorgte unter anderem auch ein „Europa-Puzzle“ für Unterhaltung.



Landtagsvizepräsidentin Meta Janssen-Kucz (r.) am Stand der Europa-Union mit (v. l.) Gerhard Thiel, Anke Fink-Heinemann und Marcus Oberstedt

Foto: Bernd Wolf

Ehrung im Landtag

Unter dem Motto „Nächster Halt: Nachhaltigkeit“ reichten über 58.000 Schülerinnen und Schüler aus ganz Deutschland und von zahlreichen deutschen Auslandsschulen ihre kreativen Arbeiten beim inzwischen 69. Europäischen Wettbewerb ein. Sie zeichneten, bastelten, schrieben, filmten oder sangen ihre Ideen für eine nachhaltigere Gesellschaft, für mehr Klima- und Umweltschutz sowie für gemeinsames europäisches Handeln. Die Teilnehmenden spürten Fragen zum ökologischen Fußabdruck in

Europa nach, analysierten Umweltprojekte und suchten nach Ansätzen für eine nachhaltigere Zukunft. In verschiedenen Klassenstufen wurden unterschiedliche Aufgabenstellungen bearbeitet. Das Thema traf den Nerv der Zeit, so dass die Beteiligung im Vergleich zum Vorjahr deutlich stieg – und zwar in allen Altersgruppen, Schulformen und in fast allen Bundesländern.



Die Preisträgerinnen und Preisträger des Europäischen Wettbewerbs vor dem Niedersächsischen Landtag

JEF

Drei Tage Brüssel

Europa hautnah, spannende Besuche, inspirierende Gespräche und genussvolles Schlemmen: Vom 9. bis 11. Mai besuchte die JEF Niedersachsen die europäische Hauptstadt Brüssel. Direkt nach unserer Ankunft trafen wir Mitglieder der JEF Brüssel in einem Food Court und konnten bei vielseitigem Street Food von asiatisch bis syrisch schlemmen und erste Kontakte knüpfen. Mit gefüllten Mägen ging es zur Stadtbesichtigung unter Führung der lokalen „Stadtkenner“ aus dem Brüsseler Verband. Über den berühmten Marktplatz, Manneken Pis, vorbei an den Galeries Royales Saint-Hubert konnten wir abends auch noch das lokale Pub-Leben kennenlernen.

Am nächsten Tag besuchten wir die Europaabgeordnete Lena Düpont im Europäischen Parlament. Gemeinsam mit ihr führten wir einen lebendigen und breit gefächerten Austausch über Themen von Frontex bis hin zur aktuellen Lage in der Ukraine. Beim Mittagessen und bei einer kurzen Führung durchs Parlament konnten wir unser Gespräch mit ihr fortsetzen und eine Parlamentarierin einmal richtig „hautnah“ erleben.

Anschließend statteten wir dem Haus der Europäischen Geschichte einen Besuch ab. Nach etwas Zeit für weitere Stadterkundungen ging es abends zu einem Besuch ins Sekretariat der JEF Europe. Dort folgten wir einem informativen Vortrag zur JEF im Allgemeinen und über das, was die JEF Europe konkret in Brüssel tut. Dabei bot sich auch Gelegenheit, den Präsidenten unserer JEF Europe, Antonio Argenziano, kennenzulernen.

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel

Berlin

Gespräch mit Frankreichs Botschafterin

Man darf es gern Tradition nennen. Während jeder EU-Ratspräsidentschaft organisiert die Europa Union Berlin (EUB) Gespräche mit den Botschaftern der Länder, die den Vorsitz im Rat innehaben. So empfing uns am 24. Mai Anne-Marie Descôtes, Botschafterin der Französischen Republik in Deutschland, in ihrem eindrucksvollen Haus am Pariser Platz in Berlin.

Nach einführenden Worten von Katharina Borngässer (EUB) und von Valentin Petri (JEF) stand uns die Botschafterin 90 Minuten lang Rede und Antwort. Diplomatisch ausgewogen, dennoch überraschend konkret, schilderte sie vor rund 130 Gästen die Schwerpunkte, aber auch die Probleme während der französischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr. Man hatte sich viel vorgenommen. Beispielhaft verwies sie darauf, dass es gelte, die Handlungsfähigkeit Europas zu stärken. Sie freute sich, dass der Wunsch nach einem „souveränen Europa“ auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung prominent formuliert sei. Leider sei das ambitionierte Programm seit Ende Februar vom russischen Angriff auf die Ukraine überschattet gewesen. Immerhin konnten am 9. Mai die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas in Straßburg präsentiert werden.

In der anschließenden Fragerunde leuchtete ein weites Spektrum an Themen auf.

Natürlich gab es Fragen rund um den russischen Angriffskrieg. Sie glaube, dass die EU hier mit einer Stimme spreche, so die Botschafterin. Immerhin habe man in kurzer Zeit fünf Sanktionspakete geschnürt. Descôtes mahnte aber auch, die Länder des Westbalkan zu unterstützen, und ging ebenso sorgfältig auf die schwierige Konsensfindung bei der Migrationspolitik wie auf die Probleme mit Mehrheitsentscheidungen in der EU ein.

Der deutsch-französischen Freundschaft räumte Descôtes einen besonderen Stellenwert im Gefüge der EU ein, machte aber auch kein Hehl daraus, dass man immer wieder von verschiedenen Standpunkten und Sichtweisen aus aufeinander zugehen und Lösungen finden müsse. Aber, so die Botschafterin, es sei „der Mühe wert“. Sehr persönlich ließ sie sich auf die Frage ein, was sie an Deutschland schätze. Ihr Bild von Deutschland, kurz gefasst: „Sehr vielfältig, sehr bunt, sehr rund, manchmal kantig.“

Dann die Frage an die Gäste: „Was verbinden Sie mit Frankreich?“ Es wurde bunt. Die Antworten reichten von „Macron und Croissants“ über „Savoir-vivre“, „Marseillaise“ oder „Rotwein“ bis zur „Grande Nation“.

Moderiert wurde die Veranstaltung souverän von EUB-Vorstandsmitglied Florian Staudt, selbst beim Deutsch-Französischen Jugendwerk tätig. Er blendete auf dem Bildschirm wichtige Fragen aus der Konferenz zur Zukunft Europas ein, über die das Publikum online abstimmen konnte.

Zum gelungenen Ausklang wurden wir



Impressum

3/2022

EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Chausseestraße 84, 10115 Berlin
Tel.: (030) 303 62 01 30
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Birgit Kößling (v.i.S.d.P.)
Birka Meyer-Georges

Redaktionsanschrift:

Chausseestraße 84, 10115 Berlin
Tel.: (030) 303 62 01 30
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23.7.2022
Annahmetermin für Ausgabe 4/2022: 29.8.2022
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Gesamtherstellung:

SEOTrade Andreas Schreiber
Auf der Ley 5, 53773 Hennef
Mobil: (01 75) 5 28 93 77
E-Mail: info@seotrade.de
Internet: www.seotrade.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>



Foto: Gerolf Mosemann

mit Champagner, französischem Rotwein und erlesenen „Amuse Gueules“ verwöhnt.

Verantwortlich: Dr. Hans Jörg Schrötter





Brandenburg

Über den Dächern von Potsdam

Die Europa-Unionen Brandenburg (EUBB), Havelland und Potsdam-Mittelmark feierten am 23. Juni ihr erstes gemeinsames Europa-Sommerfest in der brandenburgischen Landeshauptstadt.

Das Wetter meinte es gut mit Gästen und Gastgebern. Bei strahlendem Sonnenschein empfingen die Europa-Union-Verbände rund 110 Gäste. Zahlreiche Mitglieder und Politiker*innen trafen sich am Abend auf der Dachterrasse des Bildungsforums Potsdam mit herrlichem Blick auf Nikolaikirche und den Landtag.

Engagement gelobt

Ehrengast und Hauptredner war Europa-Staatssekretär Jobst-Hinrich Ubbelohde, der die aktuellen Herausforderungen für die europäischen Demokratien betonte. Umso wichtiger sei das Engagement der Europa-Union Brandenburg, die mit ihren zahlreichen Veranstaltungen maßgeblich für ein tieferes Demokratieverständnis eintrete. Ubbelohde bedankte sich für die sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Herausforderungen in Brandenburg

Die Vorsitzenden der Kreisverbände Havelland und Potsdam, Stefan Rosenbohm und Wolfgang Balint, stellten die aktuellen Probleme – insbesondere den Ukraine-Krieg – in den Mittelpunkt ihrer Grußworte. Diesen Herausforderungen könne man nur erfolgreich begegnen, indem man in der EU mit einer Stimme spreche und fest zusammenstehe. Große Sorge bereitete den Rednern auch das gute Abschneiden der europafeindlichen AfD in Brandenburg.

Europäische Aufbruchstimmung

Dr. Mechthild Baumann, Vorsitzende der EUBB, gab einen Ausblick auf die für 2022 noch geplanten Aktivitäten: Allein im 2. Halbjahr planen die Kreisverbände und der Landesverband zehn Diskussionsveranstaltungen und Fachgespräche in weiten Teilen des Bundeslandes.

Europäische Aufbruchstimmung in Brandenburg machte sich breit, und so ließ es sich auch die Präsidentin des Brandenburger Landtags, Prof. Dr. Ulrike Liedtke, nicht nehmen, spontan das Wort an die Anwesenden zu richten. Sie berichtete von den Plänen des Landtags, das Weimarer Dreieck auf regionaler Ebene neu zu beleben.



Beim Sommerempfang: (v. l. n. r.) Mechthild Baumann, Robert Dahl, Ulrike Liedtke
Foto: EUBB

Die europäische Erdbeere

Die Perspektive eines europäischen Unternehmens auf die aktuelle politische Entwicklung in Europa brachte Robert Dahl, langjähriges EUBB-Mitglied, ein. Er ist Inhaber der Karls ErlebnisDörfer, die sich von einem kleinen Erdbeerhof zu einem Netzwerk an Freizeitparks entwickelten. In seinem Beitrag streifte er mehrere Politikbereiche der EU, die für sein Unternehmen von Bedeutung sind: von der Arbeitnehmerfreizügigkeit über die Gemeinsame Agrarpolitik bis hin zur strukturpolitischen Entwicklung Brandenburgs.

Karls hatte für ein tolles Buffet gesorgt. Bei Spargel, Grillfleisch und Erdbeersekt unterhielten sich die Gäste angeregt bis in die späten Abendstunden, diskutierten über Europa und Brandenburg und tauschten fleißig Visitenkarten aus.

Verantwortlich: Dr. Mechthild Baumann

Präsidiumsklausur

Prioritäten und Ziele der laufenden Amtszeit standen im Mittelpunkt der

Präsidiumsklausur vom 17. bis 19. Juni in Hennigsdorf. Neben den politischen Themen wird sich das Präsidium weiter verstärkt der Verbandsentwicklung widmen

und will u. a. die Gründung bzw. Wiederbelebung von Kreisverbänden begleiten. Gesprächsgegenstand waren auch die Vereinsfinanzen, die Verbandskommunikation, die Zusammenarbeit mit der UEF und der kommende Bundeskongress. Wichtig war für die Anwesenden nach zwei Jahren „Konferieren“ im Digitalmodus auch das persönliche Kennenlernen und Wiedersehen. Gelegenheit zum informellen Austausch gab es trotz eines vollen Programms reichlich. Am ersten Abend des Klausurwochenendes traf sich das Präsidium mit Mitgliedern des Brandenburger Landesvorstandes sowie prominenten und gut vernetzten EUD-Mitgliedern aus dem Landkreis Oberhavel. Dabei wurden erste Gespräche zur Gründung eines Kreisverbandes geführt. ■



Foto: EUD